

Gegenwind für Austermann – auch vom Koalitionspartner

VON JULIA PAULAT

KIEL – Der Plan, das Uniklinikum (UKSH) mit Hilfe von privaten Investoren aufzupäpeln, stößt auf Widerstand – auch beim Regierungspartner SPD.

„Einer Privatisierung von Teilen des Klinikums steht die SPD-Fraktion außerordentlich kritisch gegenüber“, erklärten die Landtagsabgeordneten Wolfgang Baasch und Jürgen Weber. Sie bezweifeln, dass die Qualität von Forschung und Lehre, die Maximalversorgung und die Interessen der Beschäftigten dauerhaft gesichert werden können. Daher sollten auch andere Optionen geprüft werden. Die Gewerkschaft Ver.di vermisste Beweise für die von

den Gutachtern angekündigten Verbesserungen. Einen Ausverkauf des Klinikums werde man nicht kampflos hinnehmen.

Die Grünen stellten sich gegen den Teilverkauf des Uniklinikums. „Mit dem Verkauf von 50 Prozent der Anteile gibt das Land das Zepter für das UKSH aus der Hand. Dies tragen wir nicht mit“, stellte die Lübeckerin Angelika Birk als stellvertretende Chefin der Landtagsfraktion klar. Sie forderte, den Alternativ-Vorschlag des UKSH-Vorstandes ernsthaft zu prüfen. Immerhin sei es in den vergangenen drei Jahren nach der Fusion beider Standorte gelungen, mehr als 35 Millionen Euro einzusparen.

Der Südschleswische Wäh-

lerverband (SSW) verlangte, die Balance zwischen Sanierung und Arbeitsplätzen zu wahren. „Es muss auch ein wichtiger Aspekt sein, mit welchem Modell sich am meisten Arbeitsplätze im Land erhalten lassen“, so SSW-Chefin Anke Spoorendonk. Sie bezweifelte, dass der „vorschnelle Weg einer Holding“ die optimale Lösung sei. Kritische Töne kamen auch von der FDP: „Falls es möglich ist, die Probleme des UKSH auch ohne einen Teilverkauf in den Griff zu bekommen, wäre dieser Weg der bessere“, meinte deren Hochschul-Experte Ekkehard Klug.

Unterstützung kam hingegen von der CDU-Fraktion: „Wir stehen der Öffnung für private Investoren offen ge-

genüber“, sagte der hochschulpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Niclas Herbst.

Nach Angaben von Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) sei man sich im Kieler Kabinett einig gewesen, dass Private mit ins UKSH hineingenommen werden. Er rechnet daher jetzt mit Debatten über die Höhe der privaten Beteiligung. Das Kabinett soll darüber Ende November beraten.

Nach den Plänen des Ministeriums könnte das Vergabeverfahren im nächsten Jahr gestartet werden, eine Entscheidung 2008 fallen. Dann könnte das UKSH nach Ansicht der Gutachter im Jahr 2010 ein ausgeglichenes Betriebsergebnis erreichen.



Wissenschaftsminister Dietrich Austermann (CDU) betreibt die Privatisierung. Foto: ROESSLER